

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Rieser.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Landratsamts Meißen.

Postsekonto: Dresden 1530
Birokasse Rieser Nr. 52.

Nr. 131.

Mittwoch, 9. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrifts-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Kettzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Zeile Tarife. Gemäßigter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gießstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Selbsthilfe der Landwirtschaft.

Zur Dresdener Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.

Der Eröffnung der 12. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Breslau-Schmedefeld sah man in der Landwirtschaft noch vor wenigen Wochen mit einiger Unruhe entgegen. War doch nicht nur innerhalb der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands die Notlage der Landwirtschaft besonders groß; im Winter war auch von verschiedenen Seiten die Anregung gegeben worden, die Ausstellung entweder ganz ausfallen zu lassen oder doch wesentlich einzuschränken. Nach langen Erwägungen und Verhandlungen hat der Vorstand der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft es doch für richtig gehalten, die Ausstellung in dem bisherigen Umfang durchzuführen. Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft hat sich dabei von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß gerade die Not der gesamten deutschen Wirtschaft und die besondere Not der Landwirtschaft es zur zwingenden Notwendigkeit mache, mit der Durchführung der Ausstellung alle Möglichkeiten der Selbsthilfe der Landwirtschaft unter theoretischem und praktischem Erfahrungsaustausch mit den anderen Berufsständen, vor allem der Industrie und der Wissenschaft, auszuschöpfen. War Gutz, der Gründer der Gesellschaft, hat sich seinerzeit bei dem Beginn seiner Arbeit und bei der Durchführung der ersten Ausstellungen ja auch von dem gleichen Gesichtspunkt leiten lassen. Der Einhalt und der Erfolg der diesjährigen 12. Wanderausstellung besteht in der Wichtigkeit dieser Auffassung. Sollte man zunächst bei der Eröffnung den oberflächlichen Eindruck, als ob die diesjährige Ausstellung nach Umfang und Bedeutung doch nicht ganz an die Ausstellungen der beiden letzten Jahre heranreichte, so zeigt eine genauere Betrachtung, daß wohl die Zahl der einzelnen Ausstellungsgegenstände etwas geringer geworden ist, daß aber im übrigen die Auswahl für den praktischen Landwirt nicht gekürzt hat. Auf Grund der Beschäfte des Landmaschinenverbandes fehlen zwar eine Reihe bedeutender Firmen. Sie werden es jetzt aber selber bedauern, da sie damit eine Gelegenheit verpasst haben, auf der einzigen wirklich von der Landwirtschaft ganz Deutschlands und des europäischen Auslandes beachteten landwirtschaftlichen Gesamtschau ihre besondere Produktion zur Geltung zu bringen.

Wie schon gesagt, ist die Zahl der einzelnen Ausstellungsgegenstände etwas geringer als früher, aber dadurch ist die Ausstellung nur wesentlich übersichtlicher geworden, ohne daß sich auf irgendeinem Gebiete Lücken zeigen. Unter dem Gesichtspunkt der gerade auch von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft vertretenen Normung und Typung wird man viele unter dem Druck der Not zustande kommende Vereinfachungen nur begrüßen können, zumal die Prüfung, besonders der neuen Maschinen und Geräte, ergeben hat, daß unter der Vereinfachung der Fortschritt und der Erfindungsgeist nicht im geringsten leidet. Er bekommt vielleicht eher einen neuen Antrieb, weil alle nicht ganz hervorragend bewährten Typen allmählich vom Markt verschwinden und dadurch den Weg für wirklich brauchbare Neuerungen frei machen. Die gleichen Fortschritte zeigen sich ja auch auf den anderen Arbeitsgebieten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, so etwa in der allmählichen Bereinerung des Sortenwertes beim Saatgut und beim Obst.

Andererseits tritt auf dieser Ausstellung stärker als sonst die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Fragen für die Landwirtschaft hervor, auf deren grundlegende Behandlung und anschauliche Darstellung sich eine Reihe hier erstmalig gezeigter Arbeiten der wirtschaftspolitischen Organisationen der Landwirtschaft, insbesondere des Deutschen Landwirtschaftsrates, der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Genossenschaften, bezieht. Diese Zusammenhänge von Produktivität und Rentabilität mit der allgemeinen Wirtschaftslage der Landwirtschaft und mit den allgemeinen agrarpolitischen Maßnahmen des Reiches und der Länder wurden ja auch in den Eröffnungsvorträgen des Reichsernährungsministers Dr. Haslunde und des Preussischen Landwirtschaftsministers Dr. Steiger hervorgehoben. Wir sind heute wenigstens so weit, daß die verantwortlichen Behörden im Reich und in den Ländern anerkennen, daß die Landwirtschaft alle Wege der Selbsthilfe beschritten hat, daß sie auch in der Anbahnung einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit den anderen Berufsständen ihr möglichste Leistung, daß aber bei der heutigen allgemeinen Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse die Landwirtschaft nur zu erwarten ist, wenn auch die anderen Voraussetzungen für die Erzielung einer Rentabilität gegeben werden. Insbesondere Dr. Steiger hat die Bedeutung der Rentabilitätsfrage als die Grundlage einer erfolgreichen, von jedem wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt freien Arbeit der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft stark unterstrichen. Zur Förderung dieser Erkenntnis sind die zahlreichen Befähigungsfahrten durchaus nützlich gewesen, die aus Anlaß der Wanderausstellung von Breslau aus in schließliche Wirtschaften von landwirtschaftlichen und städtischen Besuchern unternommen wurden.

Bei einer Gesamtwürdigung der Ausstellung soll auch die große nationale Bedeutung nicht vergessen werden, die in der Abhaltung in der künstlich zum Grenzland gestempelten bedrohten Provinz Schlesien liegt. Die Landwirtschaft hat sich damit auch zum Schutze der deutschen Ostmark bekannt, deren sächsischer Exponent eben Schlesien ist. Wenn auch in dieser Beziehung von der Ausstellung ein nationaler Gewinn zu buchen ist, so haben sich die Mühen und Sorgen und die nicht unwesentlichen Kosten durchaus gelohnt.

Zur Veröffentlichung des Hindenburgbriefes.

× Berlin. Wie verlautet, steht das Reichskabinett auf dem Standpunkte, daß es sich beim Hindenburgbrief um eine private Handlung des Reichspräsidenten handle, und daß die Reichsregierung deshalb keinen Grund habe, dazu irgendwelche Stellung zu nehmen. Diese Auffassung werde auch geltend gemacht werden, wenn die Sozialdemokraten die Angelegenheit im Reichstage bei der Debatte über das Fürstentumsabstufungsgesetz zur Sprache bringen sollten.

Die Kommunisten zum Brief des Reichspräsidenten an Herrn von Loebell.

× Berlin. Die Kommunisten haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der es unter Hinweis auf den Reichspräsidenten an den früheren Minister v. Loebell über den Volksentscheid am 20. Juni u. a. heißt: Die jetzige Reichsregierung hat unter der Leitung Luthers bereits auf Verlangen von Hindenburg in der Quellsfrage und bei der Flaggenerordnung verfassungswidrig gehandelt. Auch jetzt deckt die Regierung Marx durch ihr Verhalten in vollem Maße den neuen Verfassungsbruch Hindenburgs gegen den Volksentscheid. Ist die Regierung bereit, ihr Verhalten sofort vor dem Reichstag zu verantworten? Außerdem wird die kommunistische Reichstagsfraktion einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx einbringen, der bei der Beratung über das neue Fürstentumsabstufungsgesetz am Donnerstag mit zur Verhandlung im Reichstage stehen wird.

Scheichanen gekürrmt.

London. (Funkpruch.) Daily Express meldet aus Tanger, daß die heilige Stadt Scheichanen gestern vor Mittag von den Spaniern treuen Dscheddallahhämern gekürrmt worden sei. Die Angreifer hätten die gesamte Befestigung zerstört.

Der Bericht Belgiens auf Reparationskosten.

× Berlin. Von der Belgischen Presse wird gemeldet, daß Belgien auf die Reparationskostenlieferungen verzichtet wolle. Es ist, wie wir an zutändiger Stelle hören, richtig, daß Belgien von seinem Rückzahlungsrecht für die Sachlieferungen Gebrauch gemacht hat. Auf eine Anfrage der deutschen Regierung, aus welchen Gründen eine Reduzierung der Kohlenlieferungen an Belgien vorgenommen werden soll, ist noch keine Antwort erteilt worden; es ist aber anzunehmen, daß Belgien auf die Reparationskosten verzichtet will, weil ihm nach Abdeckung der belgischen Priorität auf Grund der Abmachungen in Paris der Anteil an der Dawes-Anleihe vom 1. September ab für das dritte Reparationsjahr wesentlich vermindert worden ist und es daher von den Reparationskosten als Transfermittel nicht mehr Gebrauch machen und die Kohlenbezüge dem freien Handel überlassen will; ob Belgien seine Bezüge, die sich bisher auf 233 to monatlich belaufen haben ganz verzichten will, steht noch nicht fest.

Die Frage der Zusammenlegung des Völkerbundrates.

London. (Funkpruch.) Der Genfer Berichterkatter des Reutersbüros erzählt, daß die für den 28. 8. festgesetzte Tagung des Ausschusses für die Zusammenlegung des Völkerbundrates verschoben worden ist, und daß eine außerordentliche Tagung des Völkerbundrates vor der Zusammenkunft der Verammlung im September zur Verhandlung der Frage einberufen wird. Es ist also bisher keine Vereinbarung mit Spanien und Brasilien bezüglich der künftigen Zusammenlegung des Völkerbundrates erzielt worden.

Das neue polnische Kabinett.

× Warschau. Ministerpräsident Bartel hat gestern in später Nachtstunde die Neubildung des Kabinetts beendet. Im wesentlichen zeigt das neue Kabinett dieselbe Zusammenlegung wie das alte. Nur das Handels- und das Finanzministerium sind neu besetzt worden. Dr. Nowakowski, Direktor der Chorzower Stahlwerke, wurde das Handelsministerium und dem früheren Handelsminister im Kabinett Grabst, Klarner, das Finanzministerium übertragen. Jaleski bleibt weiter Leiter des Ministeriums des Neuherrn. Sonstige Veränderungen weist das neue Kabinett nicht auf. Der Staatspräsident hat das Kabinett bestätigt.

Um die Ministerpensionen.

× Berlin. Im Bundestagsausschuß des Reichstages wurde ein Antrag des Abg. Dr. Fried (Dill.) betreffend den Gehaltentwurf über Gehalt und Versorgung des Reichskanzlers und der Reichsminister beraten. Durch den Antrag wird beabsichtigt, eine gezielte Bestimmung zu treffen, daß dem Reichskanzler und den Reichsministern Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung nicht zufließen soll. — Nach kurzer Debatte wurde die Angelegenheit bis zu dem Zeitpunkt vertagt, wo die Regierung dem Reichstag ein Ministerpensions-Gesetz vorlegen wird. Von der Regierung wurde die baldige Vorlage eines solchen Gehaltentwurfs zugesagt.

Studenten-Revolution wegen Lefling?

× Berlin. Die Forderung der hannoverschen Studentenschaft bestätigt, wie die „Nachtausgabe“ meldet, daß nach Ankündigung des Rektors Prof. Dr. Cesterlen nunmehr weitere 250 Studenten der Technischen Hochschule im Zusammenhang mit den Differenzen der Studentenschaft mit Prof. Lefling relegiert werden. Diese Relegation wird, wie das genannte Blatt weiter meldet, zur Folge haben, daß nach und nach die ganze Studentenschaft, wie sie gestern sich an der gemeinsamen Reise nach Braunschweig beteiligte, sich mit den Relegierten solidarisch erklärt und dann auch relegiert werden muß. Dabei würde es sich dann um eine Maßregelung von mindestens 1400 Studenten handeln. Bei dieser Massenrelegation würde die Studentenschaft der Technischen Hochschule in Hannover verurteilt, auf außerpreussischen Hochschulen unterzukommen. Und für diese Auffassung ist interessant, daß, wie die „Nachtausgabe“ weiter meldet, wenn sich die Verhältnisse so zuspitzen sollten, eine Ausdehnung der gesamten Bewegung auf andere Hochschulen die Folge sein würde. In diesem Sinne sollen sich bereits zustimmend geäußert haben die Hochschulen Jena, München, Hannoverisch-Münden, Göttingen, Braunschweig und Charlottenburg. Zweckmäßiger Stellungnahme hätten Köln, Königsberg und Rostock entsprechende Informationen eingefordert.

Die Deutsche Volkspartei und der Hoch Lefling.

× Berlin. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Preussischen Landtag nachstehende Anfrage eingebracht: Die Art und Weise, in der der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im vergangenen Jahre den Hoch Lefling an der Technischen Hochschule Hannover behandelt hat, ist nicht nur von der Studentenschaft mit Recht als eine Unbilligkeit und als eine völlig unzureichende Sühne der schweren, eines Hochschullehrers fähigkeitsmäßig unwürdigen Entlassungen des Professors Lefling empfunden worden. Der Friede an der Hochschule ist damit nicht hergestellt, wie aus dem jüngsten, nicht ohne neues Verschulden des Herrn Lefling ausgebrochenen schweren Konflikt hervorgeht. Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um die Technische Hochschule Hannover dauernd zu befrieden und um die ganze deutsche Studentenschaft und alle deutschen Hochschulen vor gefährlichen Erschütterungen zu bewahren?

In einem Antrage ersucht die gleiche Partei das Staatsministerium, an der Technischen Hochschule Hannover mit möglichster Beschleunigung einen Lehrstuhl für Philosophie zu errichten und mit einer hervorragenden geeigneten Persönlichkeit zu besetzen.

Betriebsvermögen und erster Jahresabschluss der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

× Berlin. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist das größte Betriebsunternehmen der Welt. Ihr Eisenbahnnetz einschließlich der Bahnhofsanlagen besitzt eine Ausdehnung von 53000 km. Die zahlreichen Stationen — ihre Zahl beträgt 11737 — sind neuseitlich ausgebaut und unterhalten; die Gleisanlagen und die Betriebsanstalten, insbesondere das Sicherungswesen, sind unter Benutzung aller Erfahrungen auf dem Gebiete moderner Eisenbahntechnik ausgebaut. Es steht ein Fuhrpark von 28200 Lokomotiven und Triebwagen, 68500 Personenwagen, 23000 Gepäckwagen, 70700 Güterwagen zur Verfügung. In baulichen Anlagen sind außer den zahlreichen Hauptbahnen (Brücken, Tunnel usw.) 102000 Wohnungen für das Personal, 85 Elektrizitätswerke, 39 Wasseranstalten, 1157 Wasserwerke, 1900 Lokomotivschuppen vorhanden.

Im Geschäftsjahr 1925, welches die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1925 umfaßt, stellten sich die Betriebsergebnisse aus dem Personenverkehr auf 1,7 Milliarden RM., aus dem Güterverkehr auf 3,5 Milliarden RM., aus sonstigen Einnahmequellen auf 0,5 Milliarden, zusammen auf 5,7 Milliarden RM.; die persönlichen Betriebsausgaben auf 3 Milliarden, die sachlichen Betriebsausgaben auf 1,9 Milliarden RM., zusammen 4,9 Milliarden RM., sodas ein Betriebsergebnis von rund 0,8 Milliarden RM. verbleibt, der nach der Bilanz folgendermaßen Verwendung finden wird: 399 Millionen für den Dienst der Reparationsverbindlichkeiten, 113 Millionen als Zuweisung zur gezielten Ausdehnung, 150 Millionen für Abschreibungen und Rückstellungen, 156 Millionen als Reingewinn.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwab

Rieser a. Elbe. Fernruf 48.